Aktzeptieren Sie dass innerhalb der europäischen Gemeinschaft ein faschistisches Gesetz angewendet wird?

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) gab am 14. Juli seine Stellungnahme im Fall Vincenzo Vecchi bekannt. Der Gerichtshof urteilte, dass das Gesetz "Plünderung und Verwüstung" aus Mussolinis Zeiten keine streng genommene Äquivalenz mit einem französischen Gesetz haben muss (doppelte Strafbarkeit). Folglich kann, entsprechend dieses Gesetzes, ein/e Demonstrant/in wegen der schlichten Teilnahme an einer Demonstration zu bis zu 15 Jahren Haftstrafe verurteilt werden. Das Gesetz '*Plünderung und Verwüstung*' wird also gegen Vinzenco Vecci in Frankreich angewendet werden können.
Aufgrund seiner Teilneahme im Jahr 2001 am G8-Gegengipfel in Genua wurde Vincenzo Vecchi zu 12 Jahren Haft verurteilt; die italienische Justiz stellt 2019 einen Europäischen Haftbefehl gegen ihn aus.

Währen der Demonstrationen im Rahmen des G8-Gegengipfels in Genua, geprägt von ausserordentlicher Polizeigewalt, hat Vincenzo Vecchi niemanden verletzt oder tätlich angegriffen. Ihm wurden lediglich materielle Straftaten vorgeworfen, einschließlich derer, die von anderen, in deren Nähe er sich befand, auf der Demonstration begangen wurden. Trotz alledem fordert das Gutachten des EuGH Frankreich auf, Vincenzo Vecchi an die italienische Justiz zur Vollstreckung der gegen ihn ausgesprochenen Strafe auszuliefern. Vor 11 Jahren ist er nach Rochefort-en-Terre, einer kleinen Stadt in der Bretagne geflohen. Hier lebt er vollständig integriert, steht in einem festen Arbeitsverhältnis, hat eine Wohnung und ist gemeinsam mit seiner Freundin von vielen geschätzt... Frankreich scheint also kein Asylstaat mehr zu sein!!! Bei der Betrachtung eines Gesetzes wie dem der "Plünderung und Verwüstung" muss man die beiden Begriffe, die es in sich trägt, hinterfragen: Die *moralische Unterstützung* und die *Kriminalisierung* von Demonstranten.

Kümmern sie sich um ihre eigenen Angelegenheiten, es gibt hier nichts zu diskutieren....

Aufgrund des 'Tatbestandes' der sogenannten "moralischen Unterstützung" kann die Justiz Sie wegen Ihrer bloßen Anwesenheit auf einer Demonstration, bei der materielle Straftaten begangen werden, verurteilen. Einfache Fotos, welche die Anwesenheit von Vincenzo Vecci bei der Demonstration belegen, genügten der italienischen Justiz als Beweismaterial um ihn zu 12 Jahren Gefängnis zu verurteilen. Der sogenannte Strafbestand der 'moralischen Unterstützung' verdeutlicht die Verlagerung von der individuellen zur kollektiven Verantwortung eines Individuums, von dem Prinzip der Unschuldsvermutung zur dem der Schuldvermutung (da Verantwortlichkeit für die Taten anderer Demonstranten). Mit Hilfe dieses Vorwandes der 'moralischen Unterstützung' werden Grundrechte wie das der Demonstrationsfreiheit aufgehoben ; die Verteidigung derselben verkommt zu einem vulgären Spiel der Justizmaskerade.

Offenbar ist es rechtens das die italienische Justiz 10 Demonstranten als Sundenböcke, die "*10 von Genua*", stellvertretend für die 300.000 anderen Demonstranten anklagte! Sie deckt hiermit einen Missbrauch der staatlichen Gewalt, welche sich 10, zufälligerweise ausgewählter Demonstranten, als abschreckendes Beispiel bedient. Ein Missbrauch staatlicher Gewalt der sie durch die blutige Repression in Genua 2001entlarvt.

Mit dieser Entscheidung des EuGH, die als Präzedenzfall gilt, wird das EHB-Verfahren zu einem automatischen und rein administrativen Verfahren, das den Richtern jede Form von detaillierter Untersuchung und der Verteidigung die Möglichkeit geltende Rechte einzuklagen nimmt. Durch diese

Entscheidung werden der Anwendung von freiheitsfeindlicher Gesetze, innerhalb der europäischen Union, Tür und Tor geöffnet ; Sie ebnet den Weg für die verschiedensten Formen der staatlich organisierten Repression und Nötigung. Mit diese Entscheidung, welche das Prinzip 'Des gegenseitiges Vertauens und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten' entkernt, legitimiert Sie eine "kollaborationistische" Politik, die uns an finstere Zeiten erinnert.

Es sei auch daran erinnert dass aufgrund der Wachsamkeit des Unterstützungskomitees und der Verteidiger verhindert wurde das ein juristisch ungerechtfertiger weiterer Haftbefehl gegen Vincenzo Vecci, ungeprüft von der französischen Justiz vollstreckt wurde. Angesichts des geltenden Prinzip ‘der Loyalität und des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Staaten' kann man nicht sagen, dass das Vorgehen der italienische Justiz vorbildlich war. Hiermit wird unwiderspüchlich klargestellt, dass eine detaillierte Untersuchung der Verfahren und eine kontradiktorische Debatte zwischen der Staatsanwalt und der Strafverteidigung absolut notwendig ist.

...UND BITTE KEINEN WIDERSPRUCH.

Ein weiterer Aspekt eines Gesetzes wie "Plünderung und Verwüstung" ist die Kriminalisierung von Demonstranten. Es hebt die Differentzierung von einer simplen Straftat und einem Verbrechen auf. Eine ordinäre Straftat wird gleichgestellt mit Verbrechen wie Mord, Terrorismus, Drogenhandel, Vergewaltigung mit erschwerenden Umständen.... Die Justiz drückt mit dieser Art von Gesetzesanwendung den politischen Willen aus, jede Form des Protests,einschliesslich in seiner elementarsten Form, der des Demonstrationsrechts, zu unterdrücken und auszulöschen. Diese Art von freiheitsfeindlicher Gesetzesanwendung dient auch der Absicht die brutale staatliche Polizeigewalt, wie sie bei der blutigen Niederschlagung des Gegengipfels in Genua im Jahr 2001 bittere Wirklichkeit war, zu legetimieren.

Hierzu ein paar paar zusätzliche Informationen.
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erklärte am 22. Juni 2017, dass die Behandlung welcher die Beschwerdeführer am 19., 20. und 21. auf dem Gelände der Diaz-Schule erdulden mussten als Folter zu bezeichnen ist

Die blutige polizeiliche Repression welcher viele Teilnehmer des Gegengipfels in Genua 2001 ausgeliefert waren wurde von der Regierung Berlusconi geplant und orchestriert. Sie bediente sich einer Strategie des Terrors mit Folter und barbarischen Akten. Dieser Missbrauch staatlicher Gewalt, geprägt von faschistischen Zügen hinterliess Trauma und tiefe Wunden.Ein Missbrauch von Institutionen welcher sich auch durch einen unfairen Prozess gegen die Angeklagten von Genua verdeutlicht...Und schmerzlich müssen wir auch an den den unnützen Tod von Carlo Giuliani erinnern.

Der EuGH weigert sich den übergeordneten Artikel 49 der Charta der Grundrechte der Unionsbürger, den Grundsatz der Verhältnismässigkeit, anzuwenden.Was nützt ein Artikel 49, wenn ein Staat ihn nicht auf einen EU-Bürger gegen den ein Europäischer Haftbefehl vorliegt, obwohl er feststellt, dass ein Missverhältnis zwischen den Taten und der Strafe besteht, anwenden kann? Mit dieser Entscheidung aktzeptiert und fördert der EuGH die Kriminalisierung von Demonstranten mittels der europäischen Rechtssprechung im europäischen Rechtsraum . EuGH ermöglicht hiermit die Anwendung eines jeglichen freiheitsfeindliche Gesetzes, welches gegen unsere Grundrechte verstößt.

Die Entscheidung des EuGH, das Verfahren des europäischen Haftbefehls zu automatisieren, geht mit dem Funktionieren einer ultraliberalen Politik einher,in der der freie Austausch von Angeklagten, ohne weitere Gerichtsverfahren, dem freien Warenaustausch gleichgestellt ist.

Der europäische Gerichtshof hindert mit dieser Entscheidung dass ein Mitgliedsland Zufluchtsort für politisch verfolgte Bürger eines EG-Bürgers bieten kann!!! Ein regelrechter roter Teppich wird für die Anwendung drakonischer Gesetze ausgerollt, und wir sollen das schweigend hinnehmen.